



GEMEINDE BINNINGEN

Protokoll des Einwohnerrats

X. Legislaturperiode

27. Sitzung vom 7. November 2011

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 22.20 Uhr

Leitung: Christian Schaub

Anwesend: 38 Mitglieder

Abwesend: E. Bättig Knotek, J. Blaser

Präsident:

Christian Schaub

Protokoll:

Sandra Sprecher

Mitteilungen des Präsidenten

Christian Schaub begrüsst die Ratsmitglieder und heisst den neuen Einwohnerrat, Thomas Hafner, CVP, willkommen.

Absenzen:

Für die heutige Sitzung haben sich Erika Bättig Knotek und Jürg Blaser sowie Gemeinderätin Heidi Ernst entschuldigt.

Neu eingereichte Vorstösse:

- | | |
|--|-----|
| - Interpellation P. Kaiser: Easy-Abstimmigsbüechli | 204 |
| - Postulat GRPK: Änderung Vereinbarung für Unterbringung Asylsuchender mit Reinach | 205 |

Es gibt keine Wortmeldungen zu den neuen Vorstössen.

Traktandenliste:	Gesch. Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 26.9.2011:	
1.a Wahl eines Mitglieds der Bau- und Planungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2012	206
1.b Wahl eines stellvertretenden Mitglieds der Bau- und Planungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2012	207
2. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 4.10.2011 Einführung einer Ferienbetreuung an Kindergarten und Primarschule Binningen <i>Geschäftskreisführung: Nicole Schwarz</i>	202
3. Bericht / Antrag der BPK vom 18.10.2011 Quartierzonenplan Zentrum Dorenbach <i>Geschäftskreisführung: Agathe Schuler</i>	186
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 18.10.2011 Ortsplanung: Teilzonenplan Hauptstrasse <i>Geschäftskreisführung: Agathe Schuler</i>	203
5. Bericht der Spezko Bauabrechnung Schlosspark vom 19.10.2011 Zwischenbericht der Spezialkommission Prüfung Bauabrechnung Schlosspark <i>Geschäftskreisführung: Agathe Schuler/Charles Simon</i>	123
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 6.9.2011: Motion SP: Kommunale Reklameregulung: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung <i>Geschäftskreisführung: Charles Simon</i>	161
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 30.8.2011: Postulat Christoph Anliker, SVP: Wie weiter mit den Binninger Gemeindefinanzien unter dem Harmonisierten Rechnungslegungsmodell (HRM2): Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung <i>Geschäftskreisführung: Mike Keller</i>	174
8. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 9.8.2011 Interpellation Katrin Bartels, CVP: betr. Bauabrechnung, Kostenkontrolle und Datenablage des Projekts Alters- und Pflegeheim Schlossacker <i>Geschäftskreisführung: Mike Keller</i>	176
9. Bericht des Gemeinderats vom 6.9.2011: Interpellation Urs Brunner, SVP: Wohnsitznahme der Kaderangestellten der Gemeinde Binningen <i>Geschäftskreisführung: Charles Simon</i>	179
10. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 20.9.2011: Motion SP: Anpassung kinder- und jugendpolitisches Konzept: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung <i>Geschäftskreisführung: Bruno Gehrig</i>	173
11. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 27.9.2011: Postulat Katrin Bartels, CVP: Erstellung einer Planungsgrundlage für die Leistungen der Gemeinde zu Gunsten von privaten Initiativen: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung <i>Geschäftskreisführung: Bruno Gehrig</i>	175
12. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 27.9.2011: Motion Roy Ewald, SVP: für die Einführung energiesparender LED-Strassenbeleuchtung: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung <i>Geschäftskreisführung: Charles Simon</i>	178
13. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 20.9.2011: Motion Urs-Peter Moos, SVP: für eine unabhängige Gemeindepolizei: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung <i>Geschäftskreisführung: Bruno Gehrig</i>	189

14. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 20.9.2011:
Motion Urs-Peter Moos, SVP: Mehr Stellenprozent für den Binninger Bannwart: 190
Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung
Geschäftskreisführung: Charles Simon

15. Diversa

Das Traktandum 10 wird vertagt, da die Motionärin krank ist.

Traktandum 1

Das Protokoll der Sitzung vom 26. September 2011 wird genehmigt und verdankt.

Traktandum 1.a

Gesch. Nr. 206

Wahl eines Mitglieds in die Bau- und Planungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2012

://: Für die restliche Amtsperiode wird Andrea Alt, CVP, als Mitglied der Bau- und Planungskommission gewählt.

Traktandum 1.b

Gesch. Nr. 207

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds in die Bau- und Planungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2012

://: Für die restliche Amtsperiode wird Thomas Hafner, CVP, als stellvertretendes Mitglied der Bau- und Planungskommission gewählt.

Traktandum 2

Gesch. Nr. 202

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 4.10.2011

Einführung einer Ferienbetreuung an Kindergarten und Primarschule Binningen

Eintreten:

Beatrix Bürgin: Die SVP-Fraktion vermisst das Reglement, das eigentlich auf den 21. März 2011 und dann für nach den Sommerferien versprochen war. Sie stellt den Antrag auf Nicht-Eintreten, solange dieses Reglement nicht vorhanden ist.

Silvia Bräutigam, CVP: Seit Einführung der modularen Nachmittagsbetreuung und des Mittagstischs wurde immer wieder auf die fehlende Ferienbetreuung hingewiesen. Auf zahlreiche Nachfrage von Erziehungsberechtigten und im Hinblick auf die Änderung des Bildungsgesetzes, das die Gemeinde verpflichten wird, ein solches Angebot anzubieten, wurde vom Gemeinderat eine Vorlage ausgearbeitet. Man bedankt sich dafür, ist mit dem Umfang und den Kosten des Angebots zufrieden. Unter Ziffer 2. Gebühren liest man, dass Erziehungsberechtigte, die ihren Wohnsitz nicht in Binningen haben, ihre Kinder auch für die Ferienbetreuung anmelden können. Dazu stellt die CVP-Fraktion folgenden Antrag:

„Erziehungsberechtigte, die ihren Wohnsitz ausserhalb von Binningen haben, können ihre Kinder bei der Ferienbetreuung anmelden, sofern genügend Plätze vorhanden sind, und keine zusätzlichen Betreuungspersonen eingestellt werden müssen.

Auswärtige Erziehungsberechtigte bezahlen immer die maximalen Kosten.“

Man ist sich klar darüber, dass es immer eine gewisse Zeit braucht, bis ein neues Angebot eine genügende Nachfrage generiert, hofft aber, dass dank intensiver Öffentlichkeitsarbeit möglichst schnell eine hohe Auslastung erzielt und damit der Kostenanteil der Gemeinde verringert wird. Die CVP-Fraktion regt an, dass nach drei Jahren eine Evaluation durchgeführt wird und unterstützt die Anträge des Gemeinderats.

Beatrice Büschlen: Die Grüne/EVP folgt den Anträgen des Gemeinderats und bedankt sich für die informative und ausführliche Vorlage. Aufgrund der eindrücklichen Umfrageergebnisse geht man davon aus, dass die gewünschte Anzahl Betreuungsverhältnisse rasch erreicht wird. Das vorgesehene Betreuungsangebot überzeugt nicht zuletzt auch dank der vielfältigen Möglichkeiten für Ferienspass im Umfeld der beiden vorgesehenen Schulhäuser. Die Grüne/EVP erachtet die Kosten für die Gemeinde als etwas knapp berechnet, vertraut aber darauf, dass die Schätzungen realistisch sind. Damit sich die Erziehungsberechtigten auf eine kontinuierliche Betreuung verlassen können, sollte anfangs die Anzahl Mindestanmeldungen unterschritten werden dürfen. Die Fraktion schliesst sich dem Antrag der CVP an.

SP, Gaida Löhr weist darauf hin, dass Eltern die Ferienbetreuung ihrer Kinder mindestens ein halbes Jahr im Voraus planen. Sie erachtet den Antrag der SVP um Verschieben dieses Geschäfts nicht als sehr sinnvoll, denn so würde es einmal mehr nicht reichen für nächsten Sommer. Die SP-Fraktion ist froh, dass die Gemeinde Binningen endlich eine Ferienbetreuung anbietet und dankt dem Gemeinde- und dem Primarschulrat für die Vorlage. Sie stimmt allen Anträgen zu. Ein zentrales Anliegen der Rednerin ist die Verlässlichkeit. Ein Angebot, das nicht ganz sicher durchgeführt wird, ist nicht attraktiv. Es muss erstens sehr früh bekannt gegeben werden, welche vier Wochen der Sommerferien vorgesehen sind und zweitens sollte jedes Kind – egal, wann es sich angemeldet hat – dann auch wirklich betreut werden. Die SP plädiert auch dafür, dass während der ersten zwei Jahre die Mindestanzahl unterschritten werden darf, damit die ganze Sache ins Rollen kommt.

Sven Inäbnit, FDP bemerkt, dass im Einwohnerrat zum wiederholten Mal ein Geschäft zum Thema ausserfamiliäre Betreuung von Kindern im Primarschulalter ansteht und seine Fraktion das vorliegende mit gemischten Gefühlen entgegengenommen und diskutiert hat. Es erfolgt ein scheinbarer Ausbau dieser Betreuungsdienstleistung durch gemeindeeigene Strukturen. Die FDP-Fraktion anerkennt einerseits das Bedürfnis der Eltern, ihre Kinder auch während der Ferien fremd betreuen zu lassen, andererseits stellt sie eine gewisse Konzeptlosigkeit in diesem Bereich fest. Unzweifelhaft besteht die Nachfrage nach den bestehenden und kommenden Angeboten, unzweifelhaft sind jedoch auch die Ressourcen der Gemeinde endlich. Mit dieser Vorlage wird ein „fait accompli“ geschaffen, das der Beratung des Gesamreglements vorgreift. Die Fraktion hinterfragt das Vorgehen, neue Strukturen zu schaffen, bevor die Rahmenbedingungen vom Kanton und des ganzen Konzepts festgelegt sind.

Inhaltlich ist Folgendes zu sagen: Nach Meinung der Fraktion sind die Kosten von CHF 11 400 für das Jahr 2012 zu tief angesetzt. Ihr fehlen die Gesamtkosten – es sind weder Infrastruktur noch Betriebskosten budgetiert. Weiter fragt sie sich, warum man bei einem stolzen Einkommen von CHF 98 000 immer noch mit CHF 18 pro Tag subventioniert wird. Laut Umfragestatistik würden nur 10% der Eltern das Angebot nützen wollen, wenn es nicht subventioniert wäre. Diese Tatsache lässt die grosse Nachfrage doch etwas fraglich erscheinen. Im Hinblick auf die notwendige Verläss-

lichkeit des Betreuungsangebots und seine Notwendigkeit vor allem für wirtschaftlich schwache Familien, unterstützt die FDP die Anträge des Gemeinderats. Festzuhalten ist, dass es ein JA mit einem grossen ABER ist und ein JA, das nicht präjudiziert, wie es nach 2012 weitergeht.

SVP, Urs-Peter Moos stellt fest, dass das Eintreten auf die Vorlage nicht bestritten wird und dass einige falsche Aussagen gemacht wurden: So stimme es zum Beispiel nicht, dass Binningen kein Ferienbetreuungsangebot hat. Ein solches besteht durch die Stiftung Kinderbetreuung, die jährlich mit CHF 1,5 Millionen von der Gemeinde subventioniert wird. Weiter gibt es das noch ausstehende Reglement für die familienergänzende Betreuung, das vorsieht, dass sowohl im Vorschul- als auch im Schulbereich auf Subjektfinanzierung umgestellt wird. Die Subjektfinanzierung gewährt den Eltern die grösstmögliche Freiheit, indem sie künftig Geld erhalten und frei wählen können, welches Angebot sie in Anspruch nehmen wollen. Die Gemeinde Binningen will nun im letzten Moment noch etwas aufgleisen, das in die Kategorie Objektfinanzierung gehört, da es ein Schulangebot ist. Erst letzthin wurde festgestellt, dass das Kosten-/Ertragsverhältnis bei den vorhandenen schulischen Angeboten sehr fragwürdig ist. Für Urs-Peter Moos ist das Aufmotzen dieses Angebots (das weiterhin keine Morgenbetreuung oder Schulwegbegleitung etc. beinhaltet) reine Wahlpropaganda und keine ganzheitliche Politik. Die SVP-Fraktion lehnt die Anträge des Gemeinderats ab.

Katrin Bartels, CVP, präzisiert, dass die Reglements Vorlage der Gemeinde zweiteilig ist: Es gibt den Früh- und den Schulbereich. Im Frühbereich ist eine reine Subjektfinanzierung, im Schulbereich ist es eine Mischung. Eltern können dort sowohl auf die Subjektfinanzierung zurückgreifen als auch das Angebot der Schule nutzen. Zum schulischen Angebot gehört die Ferienbetreuung. Die beiden System-Vorschläge der Gemeinde sind mit den hängigen Vorschlägen des Kantons kompatibel. Spätestens im Dezember wird der Landrat darüber debattieren, ob im Frühbereich die Subjektfinanzierung eingeführt wird und die Gemeinden im Schulbereich verpflichtet werden, ein flächendeckendes Angebot zur Verfügung zu stellen. Binningen will die Subjektfinanzierung ausbauen, weil momentan die Kapazitäten, alles auf einmal umzustellen, nicht vorhanden sind. Nach Ansicht der Rednerin wird hier nicht noch kurzfristig etwas aufgemotzt und es gibt auch keine freischwebenden Elemente. Es wird einzig im Schulbereich ein Bedürfnis erfüllt, eine Lücke geschlossen und dabei erst noch dem Wunsch nach nicht allzu heterogenen (Alters-)gruppen Rechnung getragen.

SP, Vreni Dubi stellt klar, dass Binningen selbstverständlich bereits ausgezeichnete Angebote in der Ferienbetreuung hat. Es ist allerdings so, dass Kinder, die nicht bereits in der Stiftung Kinderbetreuung betreut werden, keine Chance auf einen Ferienplatz haben. Herrn Moos wünscht sie, dass er die Erfahrung macht, Kinder zu haben, arbeiten zu müssen und niemanden zu haben, der sich während der Ferien der Kinder annimmt und sie findet, man könne ab und zu etwas für die Familien tun.

Gemeinderätin Nicole Schwarz erklärt kurz, warum das FEB-Reglement noch ausstehend ist: Anfangs Jahr gab es eine ausführliche Vernehmlassung. Der Gemeinderat hat von allen wichtigen Stellen Rückmeldung bekommen und diese auch ins Reglement einfliessen lassen. Er bringt das Ferienbetreuungsangebot heute in den Einwohnerrat, weil er im Budget nicht einfach einen Betrag unkommentiert einsetzen wollte.

Nicole Schwarz widerspricht den Vermutungen, dass die heutigen Angebote schlecht ausgelastet sind. Das Gegenteil ist der Fall. Nachdem der Mittagstisch und die Nachmittagsbetreuung erst im 2007/2008 eingeführt wurden, werden heute bereits mehrere Hundert Kinder betreut. Teilweise werden über 40 Mittagessen ausgegeben und es existieren bereits Wartelisten. Es ist wichtig, dass die ganze Entwicklung nicht gebremst und das fehlende Element der Ferienbetreuung auch eingebaut wird.

Zu den Bedenken der SP hinsichtlich Verlässlichkeit erläutert die Gemeinderätin, dass vorgesehen ist, das Angebot auf jeden Fall durchzuführen, wenn nach Anmeldeschluss genügend Anmeldungen eingegangen sind, egal, ob es durch Krankheitsfälle oder Anderes dann kurzfristig Ausfälle gibt.

SVP, Urs-Peter Moos: Abgesehen davon, dass er betreffend schlechter Auslastung von der modularen Nachmittagsbetreuung gesprochen hat, hält er fest, dass es für die SVP-Fraktion nicht akzeptabel ist, dass Gut-Verdienende weiterhin subventioniert werden. Die SVP ist der Meinung, dass die traditionelle Familie und Eltern, die sich selber organisieren und nicht auf die Hilfe staatlicher Angebote zurückgreifen, auch berücksichtigt werden sollen. Urs-Peter Moos weist darauf hin, dass sich die SVP für die Motion „Kein Leistungsabbau bei der Stiftung Kinderbetreuung“ und für das Postulat für die durchgängige Subjektfinanzierung stark gemacht hat.

Bevor *Christian Schaub, Präsident*, über den Antrag der CVP abstimmen lassen kann, meldet sich *Markus Ziegler, FDP* zu Wort: Für ihn stellt sich die Frage, was „maximale Kosten“ bedeutet. Seiner Ansicht nach müssen es die totalen, zusätzlich anfallenden Kosten sein und nicht die von der Gemeinde subventionierten. Es könne nicht sein, dass Binningen Betreuungsangebote für Auswärtige finanziert, weil die Nachfrage in der Gemeinde ungenügend ist. Die Formulierung des Antrags empfindet er als interpretationswürdig und biegsam.

Gemeinderätin Nicole Schwarz findet auch, dass Auswärtige theoretisch einen Vollbetrag, der die Miete beinhaltet, bezahlen müssten. Sie ergänzt ihre vorgängigen Erläuterungen mit der Aussage, dass bei den anderen Angeboten rund 70% der Eltern den Höchstarif bezahlen. In diesem Tarif sind ein Teil Betriebskosten etc. enthalten, jedoch kein Mietanteil, weil die Schulhäuser der Gemeinde gehören.

FDP, Markus Ziegler: Für ihn heisst das, dass auf diese Weise Kinder aus anderen Gemeinden mit Binninger Steuergeldern subventioniert werden. Grundsätzlich findet er die Idee, Auswärtige zuzulassen, begrüßenswert, doch sollen sie einen Tarif bezahlen müssen, in dem auch die Miete berechnet ist. Er schlägt vor, dass ein Gewinnanteil darauf geschlagen wird.

CVP, Katrin Bartels: Der Antrag hält fest, dass die Auswärtigen Lückenbüsser sind und solange sie Lückenbüsser sind, helfen sie auf jeden Fall, die Kosten für Binningen zu senken. Natürlich kann man sich überlegen, z.B. 10% für Verwaltungskosten etc. zu verrechnen, doch mache eine derartige Lösung das Ganze komplex und unsympathisch für die Nachbarn.

CVP, Silvia Bräutigam: Sie hatte nach den vollen Kosten gefragt und die Auskunft erhalten, die ganze Infrastruktur lasse sich nicht berechnen und somit auch nicht die Vollkosten. Ein Auswärtiger muss einfach die CHF 100 bezahlen, weil sich die Vollkosten nicht berechnen lassen und weil er ein Lückenbüsser ist.

FDP, Markus Ziegler findet den pragmatischen Vorschlag von Katrin Bartels sehr gut, weil man die Vollkosten nicht richtig umlegen kann. Er schlägt vor, den Antrag entsprechend zu ergänzen, damit man einen Deckungsbeitrag hat.

Nicole Schwarz, Gemeinderätin betont nochmals, dass im Vollbetrag die Betriebskosten etc. enthalten sind jedoch keine Mietkosten, weil die Schulanlagen längst abgeschrieben sind. Die erwähnten 10% wären also virtuell.

FDP, Markus Ziegler: Als langjähriges Mitglied der GRPK hat er unzählige Male gehört, man könne die Vollkostenrechnung nicht machen. Zu seinem Erstaunen erfährt er heute von der Gemeinderätin, dass man sie doch machen kann. Das glaubt er nicht.

SP, Severin Brenneisen ruft dem Rat in Erinnerung, dass Binningen unter anderem mit Bottmingen ein gemeinsames Schwimmbad unterhält. Da wird auch nicht von Steuerausfällen gesprochen, die von Binningern verursacht werden, weil sie das Land „blockieren“, indem sie die Badeanstalt benützen. Er plädiert für einen vernünftigen Umgang mit der Vollkostenanalyse und denkt, dass der Vorschlag der Vorlage ein Anfang ist und so umgesetzt werden kann.

SVP, Urs-Peter Moos: Für ihn ist klar, dass die CHF 100 Vollkosten bei der veranschlagten Gruppengrösse nicht ausreichen um alle Kosten zu decken (10 Std. Betreuung, inkl. Mittagessen, Znüni,

Zvieri). Er wundert sich, dass hier so viel über Auswärtige gesprochen wird, wo doch die Nachfrage in Binningen anscheinend so gross ist.

FDP, Martin Bolleter: Er steht der Absicht, unbesetzte Plätze durch Auswärtige aufzufüllen, grundsätzlich positiv gegenüber. Doch so, wie es formuliert ist, könnte es möglich sein, dass das Angebot nur von wenigen Binningern in Anspruch genommen, es aber trotzdem wegen zahlreicher Anmeldungen von Ausserhalb durchgeführt wird.

Rahel Bänziger, Grüne/EVP: Ihrer Fraktion ist der Antrag der CVP sympathisch, da etwa die gleiche Formulierung für Schulverschiebungen gilt. Kinder können nur dann in eine andere Gemeinde verschoben werden, wenn diese Gemeinde deswegen nicht eine zusätzliche Klasse eröffnen muss. Die Grüne/EVP denkt, dass die CHF 100 zur Kostendeckung genügen. Persönlich findet Rahel Bänziger, dass das Wort „Auswärtigenzuschlag“ gute Chancen hat, zum Unwort des Jahres 2011 gewählt zu werden.

Markus Ziegler, FDP: So, wie diese Debatte verläuft, beschleicht ihn das Gefühl, dass die Linke hier nicht einfach eine Lücke schliessen, sondern ein Ferienbetreuungsangebot für Binningen und umliegende Gemeinden einführen will – notabene auf Kosten der Binninger Steuerzahler. Er appelliert nochmals dafür, pragmatisch vorzugehen und fordert die CVP auf, den Zuschlag von 10% in den Antrag aufzunehmen.

Silvia Bräutigam, CVP, erläutert nochmals einen Punkt ihres Antrags, ohne auf Markus Zieglers Anliegen einzugehen. Auf Nachfrage von Präsident Christian Schaub, stellt er den Unterantrag mit dem 10-prozentigen Aufschlag.

Abstimmung Unterantrag M. Ziegler: „...Auswärtige Erziehungsberechtigte bezahlen immer die Maximalkosten plus 10%.“ vs. Antrag CVP: „...Auswärtige Erziehungsberechtigte bezahlen immer die maximalen Kosten.“

Unterantrag Ziegler: 21

Antrag CVP: 17

Schlussabstimmung obsiegender Unterantrag Ziegler:

29 Ja, 0 Nein, 9 Enthaltungen

Zum Punkt 8 des Konzepts Ferienbetreuung macht die SP-Fraktion folgenden Antrag:

1. In den ersten 2 Jahren kann die Durchschnittszahl unterschritten werden.
2. Die Betreuung muss in jedem Fall gewährleistet sein.

Urs-Peter Moos, SVP: Dieser Antrag zeigt ihm, worauf das Ganze hinausläuft. Deswegen nimmt die SVP eine ablehnende Haltung ein. Es geht nicht, dass Binningen für ganz wenige Kinder ein solches Angebot lanciert. Das ist auch eine grosse Ungerechtigkeiten den Leuten gegenüber, die sich selber organisieren. Ausserdem gibt es in Basel genügend Angebote. Die SVP-Fraktion lehnt diesen Antrag ab.

Grüne/EVP, Rahel Bänziger schlägt vor, den Antrag zu splitten. Ihre Fraktion kann den ersten Punkt unterstützen, den zweiten jedoch nicht.

Für *Sven Inäbnit, FDP,* steht dieser Antrag völlig quer in der Landschaft. Das Vertrauen in die Nachfrage scheint grenzenlos zu sein, wenn auf zwei Jahre hinaus garantiert werden soll, dass die Sache auch mit 1, 2 oder gar keinem Kind durchgeführt wird. Da in absehbarer Zeit das FEB-Reglement vorliegt, will seine Fraktion nicht für zwei Jahre etwas zementieren. Sollte dieser Antrag

angenommen werden, überlegen sie sich, ob sie das Geschäft als Ganzes noch unterstützen sollen.

SP, Gaida Löhr weist darauf hin, dass man mit vielen Anmeldungen rechnet, da z.B. das Robi-Angebot immer zu 100% ausgebucht ist. Das vorliegende Angebot unterscheidet sich insofern, als man sich beim Robi für eine ganze Woche verpflichten muss, das Ferienbetreuungsangebot kann man halbtages- oder tageweise belegen. Das ist für Eltern gedacht, die nicht voll arbeiten und ihre Kinder mehrheitlich selber betreuen wollen. Die SP-Fraktion findet das unterstützungswürdig und erachtet es als essentiell, dass die Durchführung gewährleistet ist.

Silvia Bräutigam: Auch die *CVP-Fraktion* kann diesem Antrag nicht zustimmen. Sie ist überzeugt, dass die vorgeschlagene Anzahl von 10 Kindern zustande kommen wird, weshalb sich für sie dieser Antrag erübrigt.

FDP, Martin Bolleter findet auch, dass 10 eine gute Mindestanzahl darstellt. Ihn stört, dass laut Antrag der SP die Mindestanzahl beliebig unterschritten werden kann. Er findet, wenn, dann müsste festgelegt werden, um wieviel die Mindestanzahl unterschritten werden darf. Um den Eltern Sicherheit zu geben, müsste nach Ablauf der Anmeldefrist je nach Anmeldestand definitiv kommuniziert werden, ob das Angebot durchgeführt wird oder nicht.

Grüne/EVP, Beatrice Büschlen ruft in Erinnerung, dass die Stiftung Kinderbetreuung eine Vermittlungsstelle hat, die allenfalls Vorschläge machen könnte, sollte das Angebot der Gemeinde wegen ungenügender Anmeldungen nicht durchgeführt werden können.

Abstimmung SP-Antrag 1:

Der Antrag wird mit 25 Nein, 12 Ja und 1 Enthaltung abgelehnt.

Abstimmung SP-Antrag 2:

Abgelehnt mit 24 Nein, 10 Ja und 4 Enthaltungen.

Katrin Bartels, CVP, schlägt vor, dass es unter Punkt 2, Gebühren, anstelle von „die vollen Kosten“ heissen muss „der maximale Tarif“.

Für *Markus Ziegler, FDP* ist das unnötig, da bereits im vorherigen Antrag der Begriff „Maximalkosten“ verwendet wird.

Da *Katrin Bartels'* Antrag für einige Verwirrung und Unsicherheit sorgt, zieht sie ihn zurück.

Schlussabstimmung

Antrag 1: 28 Ja, 8 Nein, 2 Enthaltungen

Antrag 2: 29 Ja, 8 Nein, 1 Enthaltung

Antrag 3: 29 Ja, 8 Nein, 1 Enthaltung

Urs-Peter Moos, SVP, bemerkt, dass über eine 9-wöchige Ferienbetreuung abgestimmt wird, die vorliegenden Zahlen aber auf sechs Wochen basieren.

Die *Gemeinderätin Nicole Schwarz* erklärt, dass das Angebot mit dem Schuljahr 2012 beginnt und deshalb im nächsten Jahr weniger Wochen zu Buche schlagen. Grundsätzlich umfasst das Angebot neun Wochen.

Urs-Peter Moos, SVP meint zu Antrag 4, dass der Stellenetat um 47,6 Stellenprozent erhöht werden soll ohne zu wissen, wie viele Kinder teilnehmen werden. Er vermutet, dass es die gleiche Situation geben wird wie bei der modularen Kinderbetreuung. Die SVP-Fraktion lehnt diesen Antrag ab.

Antrag *Katrin Bartels, CVP*: „Der Stellenetat der Abteilung SBK wird auf drei Jahre befristet um 47,6 Stellenprozente erhöht.“

Vreni Dubi, SP: Dazu müsste auch wieder wissen, wie viele Kinder kommen. Es könnte ja auch sein, dass man den Stellenetat wegen sehr grosser Nachfrage noch mehr aufstocken muss.

Abstimmung Antrag Katrin Bartels:

23 Nein, 12 Ja, 3 Enthaltungen

Schlussabstimmung

Antrag 4: 25 Ja, 10 Nein, 3 Enthaltungen

- ://:**
- 1. Dem Konzept über die Ferienbetreuung an Kindergarten und Primarschule wird zugestimmt.**
 - 2. Der Einführung einer Ferienbetreuung von 9 Wochen pro Schuljahr ab Juli 2012 wird zugestimmt.**
 - 3. Die finanziellen Mittel im Betrag von netto CHF 11 400 für den Start des Ferienbetreuungsangebots im Sommer 2012 werden bewilligt und sind in den Voranschlag 2012 aufzunehmen.**
 - 4. Der Stellenetat der Abteilung SBK wird um 47,6 Stellenprozente erhöht.**

Traktandum 3

Gesch. Nr. 186

Bericht / Antrag der BPK vom 18.10.2011

Quartierzonenplan Zentrum Dorenbach

Willy Müller, FDP: Im August 2012 hat der ER den Quartierzonenplan Dorenbach der BPK überwiesen. Dank guter Vorarbeit von Vertretern der Verwaltung, des Bauherrn und der Architekten, konnte das Geschäft zügig beraten werden. Die BPK begrüsst die Sanierung und Modernisierung des Gebäudes, das eingangs Dorf steht und somit eine Visitenkarte Binningens darstellt.

Folgende Punkte wurden besprochen:

Nutzung: Wohnungen: + 240 m² · Büros: + 530 m² · Ladenfläche: + 200 m²

Dachgeschoss: Da die moderne Haustechnik weniger Platz benötigt und über Dach realisiert werden kann, wird das Dachgeschoss neu für Wohnungen genutzt.

Energie: Es ist ein Anschluss an die WBA geplant, der Einsatz von Sonnenkollektoren ist noch nicht definitiv.

Miete: Die Wohnungen werden sanft saniert, die Mietkosten werden im mittleren Preissegment sein.

Parkplätze: Das Areal ist durch ÖV gut erschlossen. Laut Bauherr genügen die bestehenden 65 Parkplätze. Die Erstellung von zusätzlichen Parkplätzen wäre ein unverhältnismässig grosser Aufwand und ausserdem wurde nach der Volksabstimmung 1977 die Anzahl gesetzlicher Parkplätze reduziert und der Bauherr hat damals eine Ersatzabgabe geleistet.

Umgebung: Die Aussenraumgestaltung ist noch nicht im Detail geplant. Spielflächen, Veloabstellplätze, Grünflächen etc. sind Gegenstand des Baugesuchsverfahrens, das zu gegebener Zeit vom Gemeinderat bewilligt werden muss.

Die vorliegenden Quartierplanvorschriften Zentrum Dorenbach aus dem Jahr 1977 wurden überarbeitet und angepasst und schaffen planungsrechtliche Voraussetzungen für die Sanierung des Zentrums. Die BPK folgt allen Anträgen des Gemeinderats. Sollte das Quartierplanreglement unbestritten sein, könnte der Einwohnerrat bei einer Zweidrittelmehrheit auf eine zweite Lesung verzichten.

Roy Ewald: Die *SVP-Fraktion* schliesst sich den Anträgen an und begrüsst es, wenn auf eine zweite Lesung verzichtet wird.

SP, Traude Rehmann: Ihre Fraktion unterstützt die Anträge auch. Ein Punkt ist ihr aber äusserst wichtig: Die Umgebungsarbeiten sollen ernst genommen werden. Ein Teil der Strasse gehört dem Kanton, ein Teil der Gemeinde und ein Teil ist danach Privatareal. Es ist also unabdingbar, dass die Kommunikation funktioniert und Traude Rehmann appelliert an den Gemeinderat, dieses Thema besonders im Auge zu behalten.

FDP, Markus Ziegler: Die *FDP-Fraktion* ist froh, dass an diesem heute unwirtschaftlichen Ort endlich etwas passiert. Sie ist auch froh, dass ein privater Investor da ist, der vorwärts machen will. Spezieller Dank gilt der BPK, die durch ihre speditive Arbeit bewiesen hat, dass es sich lohnt, Geschäfte in diese Kommission zu geben. Es ist auch ein Beweis dafür, dass die Binninger Politik nicht verzögern, die Dinge aber seriös prüfen will. Dem Antrag der BPK, auf eine zweite Lesung zu verzichten, wird gefolgt.

Andrea Alt, CVP: Auch ihre Fraktion unterstützt die Anträge und hofft auf eine Zweidrittelmehrheit.

Rahel Bänziger, Grüne/EVP: Ihre Fragen sind beantwortet und die Fraktion stimmt den Anträgen zu. Sie bietet Hand für eine Zweidrittelmehrheit.

Gemeinderätin Agathe Schuler: Der Gemeinderat dankt dem Einwohnerrat und der BPK für die positive Aufnahme und die speditive Bearbeitung dieses Geschäfts. Der Investor und die Architekten warten bereits ungeduldig darauf, dass es endlich losgeht und der Gemeinderat wird sein im Rahmen seiner Möglichkeiten dafür einsetzen, dass diese Umgebung in Zukunft ein erfreulicher Anblick ist.

Abstimmung:

Antrag 1: Einstimmig

Antrag 2: Einstimmig

Traude Rehmann, SP, moniert, dass das Reglement zuerst gemeinsam rasch durchgelesen werden muss, bevor man blanko etwas abstimmt.

FDP, Markus Ziegler gibt ihr Recht, plädiert aber dafür, dass man im Sinne der Effizienz – und es offensichtlich keine Beanstandungen gibt – so weiterfährt, wie es der Präsident vorschlägt.

Antrag 3: Einstimmig

Antrag FDP: *Es wird auf eine zweite Lesung verzichtet.*
Einstimmig angenommen.

- ://: 1. Der Quartierplan Zentrum Dorenbach Nr. 1 Bebauung wird genehmigt.
2. Der Quartierplan Zentrum Dorenbach Nr. 2 Erschliessung der Aussenräume wird genehmigt.
3. Das Quartierplanreglement Zentrum Dorenbach wird genehmigt.
4. Auf eine 2. Lesung wird verzichtet.**

Traktandum 4

Gesch. Nr. 203

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 18.10.2011

Ortsplanung: Teilzonenplan Hauptstrasse

Traude Rehmann: Die *SP-Fraktion* beantragt eine Überweisung an die Bau- und Planungskommission. Dort können die notwendigen Sachen eingebracht und kurz besprochen werden. Wichtig ist, dass das Gesamtbild dieser Strassenseite verbessert wird. Es wäre wünschenswert, dass man ein wenig Einfluss auf die Architektur nehmen kann, damit das Ganze etwas harmonischer wird (auch wenn ein Grossteil der Parzellen in privater Hand ist). Die Gemeinde sollte den Spielraum, der durch den Teilzonenplan gegeben wird, auch wirklich nutzen. Die Rednerin erinnert an die Migros-Bibliothek, bei der die Pflanzung eines Baumes irgendwie verhindert wurde. Die Interessen des Kantons, der Gemeinde und der privaten Eigentümer müssen vernetzt werden.

Zu den Längsparkplätzen macht die Fraktion ein Fragezeichen und sie schlägt vor, dass bei der Balkongrösse eine Mindest- und nicht eine Maximalgrösse angegeben wird. In der BPK soll auch das Thema Energie noch genauer angeschaut werden.

Martin Bolleter: Auch die *FDP-Fraktion* ist dafür, das Geschäft in die BPK zu geben, da es ein umfangreicheres und komplexeres ist als das vorangegangene. Die BPK hat ja gerade bewiesen, dass sie in der Lage ist, die ihr übertragenen Aufgaben rasch zu bearbeiten.

Roy Ewald, SVP: Der Teilzonenplan Hauptstrasse schliesst an den soeben beschlossenen Quartierplan an und ermöglicht die dringend nötige architektonische, ästhetische Neugestaltung der Hauptstrasse Nordwest. Er wirft keine Fragen auf, die nicht schon bei der Beratung von anderen Teilzonenplänen besprochen worden sind. Aus diesem Grund findet die *SVP-Fraktion* eine Überweisung an die BPK unnötig. Nur die Etappierung scheint problematisch, da nicht absehbar ist, wann das Ganze umgesetzt sein wird. Die Fraktion schliesst sich den drei Anträgen des Gemeinderats an.

Grüne/EVP, Rahel Bänziger bedankt sich beim Gemeinderat für die sorgfältig ausgearbeitete Vorlage. Der Quartierplan erscheint ihrer Fraktion gut durchdacht. Die Idee, die Grünflächen durch die Häuserzeile vor dem Strassenlärm abzuschirmen, ist überzeugend, die Gebäude sehen einheitlich aus und werden der Steigung des Geländes angepasst. Man kann sich zwar nicht vorstellen, wie die Bauherren das Projekt sequenziell realisieren wollen; doch das ist weder das Problem der Rednerin noch das des Einwohnerrats. Die *Grüne/EVP* stimmt den Anträgen zu.

Thomas Hafner: Die *CVP-Fraktion* findet die Vorlage inhaltlich sehr gut, ausführlich und verständlich. Bei einem solch umfangreichen Geschäft gibt es bestimmte Fragen, die aber nicht heute behandelt werden sollen. Aus diesem Grund empfiehlt die *CVP* eine Überweisung an die BPK.

Grüne/EVP, Beatrice Büschlen möchte noch zwei Bemerkungen anbringen, da nicht klar ist, ob die Vorlage in die BPK geht:

1. Im Planungsbericht ist ein halb-öffentlicher Spielplatz vorgesehen. Die Gemeinde hat in dieser Zone Grundbesitz und also die Möglichkeit, einen öffentlich zugänglichen Spielplatz zu erstellen. Im 2008 verabschiedeten Spielplatzkonzept ist ein solcher im Gebiet Hauptstrasse 26 als Option vorgesehen. Bereits damals wurde seine Notwendigkeit für das sehr kinderreiche Quartier betont und im Zusammenhang mit anderen Vorlagen hat man wiederholt auf das Problem aufmerksam ge-

macht. Man bittet darum, dass in der BPK – oder allenfalls bei der Detailberatung – darauf geachtet wird, die Option eines öffentlichen Spielplatzes, wie im Spielplatzkonzept unter 6.2 vorgesehen, aufrecht erhalten bleibt.

2. Was bedeutet die Bezeichnung „Geviert“ für Binningen? Eigentlich bedeutet der Ausdruck „Stadtteil“. Ist nun das Gebiet Holee/Kernmatt oder nur diese Teilzone damit gemeint?

Urs-Peter Moos: Die *SVP-Fraktion* zeigt sich gerne flexibel und unterstützt den Antrag der *SP* auf Überweisung an die *BPK*.

Abstimmung Antrag SP:

37 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung

://: Das Geschäft wird an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

Traktandum 5

Gesch. Nr. 123

Bericht der Spezko Bauabrechnung Schlosspark vom 19.10.2011

Zwischenbericht der Spezialkommission Prüfung Bauabrechnung Schlosspark

Kommissionspräsidentin Simone Abt, SP: Der Bericht ist nur ein Zwischenbericht, der ein Jahr nach der Überweisung an die Spezko endlich vorliegt. Ausser einer kurzen Mitteilung durch Alex Achermann in der letzten ER-Sitzung vor der Sommerpause, wurde der Rat nie über das Tun der Spezko unterrichtet. Doch heute wird Bericht erstattet, weil ein Punkt erreicht wurde, an dem eine Standortbestimmung stattfinden und der Einwohnerrat beschliessen muss, wie es weitergehen soll. Die Kommission hat sich für eine Vorgehensweise entschieden, für die sie das Einverständnis des ER einholen möchte – zudem braucht sie Geld um die angefangene Arbeit beenden zu können. Der Expertenbericht wurde mitgeliefert, weil es um einen hohen Betrag für die Spezko geht, die einen Experten einsetzen möchte. Um den Antrag für den Kredit begründen zu können, hätte die Rednerin praktisch den ganzen Wortlaut des Expertenberichts übernehmen müssen. Es erschien ihr sinnvoller, gleich den Originalbericht abzugeben, da auf diese Weise Unklarheiten und somit Rückfragen verhindert werden konnten.

Ursprünglich war das Ziel der Spezialkommission, die Überprüfung rasch durchzuführen und dabei eine gewisse Flughöhe zu bewahren. Man kam früh überein, dass man nicht mit einem Fragenkatalog arbeiten möchte, sondern zuerst die Bauabrechnung einem Experten zur Prüfung vorlegen will. Aufgrund dieses Berichts wollte man anschliessend mit den involvierten Personen der Bauabteilung und dem Gemeinderat offene Fragen klären. Das Vorgehen sollte also einfach sein und mittels der drei Phasen „Bauabrechnung prüfen/Analysieren/Lernen für die Zukunft“ abgearbeitet werden. Die Spezko gab sich dafür ein internes Kostendach von CHF 50 000, wobei sie sich an der Finanzkompetenz des Gemeinderats für nicht budgetierte Beträge orientierte. Der Entscheid, bei dem man von einem Mitarbeitenden der Verwaltung beraten wurde, erfolgte einstimmig in der Gesamtkommission.

Nachdem der Experte eingesetzt wurde, gab zuerst sein Arbeitsort zu reden. Die Kommission hätte einen Ort in der Verwaltung bevorzugt, was nicht möglich war, da es anscheinend keinen abschliessbaren Raum gibt, der nicht auch für die Mitarbeitenden der Verwaltung zugänglich sein muss. So wurde beschliessen, dass der Experte die kopierten Unterlagen in seinen Räumlichkeiten sichtet. Kopien deshalb, weil es laut der Bauabteilung nicht zulässig ist, Originalakten an einen Experten abzugeben. Danach hätte die von der Subko begleitete Übergabe der Unterlagen zwischen Bauabteilung und Experte stattfinden sollen. Obwohl alle immer ihre Gesprächsbereitschaft signali-

siert haben wollen, wurde während einer mehrwöchigen Phase aneinander vorbeigeredet, sich missverstanden oder gar nicht miteinander gesprochen. Es hat sich aber keine der beiden Seiten für Unterstützung an die Spezko gewandt. Diese hat lange nicht reagiert, weil sie die Bauabteilung und den Experten arbeiten lassen wollte. Irgendwann hat sich der Präsident der Spezko eingeschaltet. Als ihm nach mehrmaliger Nachfrage der Experte immer noch versichert hat, dass keine nachvollziehbare Bauabrechnung vorliegt, gab es zuerst ein Treffen der Subko mit dem Experten, anschliessend hat die Gesamt-Spezko mit dem Experten eine Sitzung abgehalten. Dazu wurden weder Vertreter der Bauabteilung noch des Gemeinderats eingeladen. Zu diesem Vorgehen ist eine Kommission ermächtigt, wenn sie es als nötig erachtet.

Das Resultat dieser Sitzung Mitte Juni war der eingeschriebene Brief an den Gemeinderat, in dem dargelegt wird, dass die zu prüfende Bauabrechnung in keinsten Weise den Vorstellungen der Spezko und des Experten entspricht. Dieser Brief war ein eindeutiges Rauchzeichen. Der Gemeinderat und die Bauabteilung wussten von diesem Moment an, dass es ein Problem gibt. Auf Wunsch des Gemeinderats gab es zwei Wochen später ein klärendes Gespräch mit zwei Vertretern des GR, drei Vertretern der Bauabteilung, dem Präsident der Subko und der Kommissionspräsidentin. Die Spezko hat eine Teilnahme des Experten mehrheitlich abgelehnt, da sie verhindern wollte, dass dieser vor GR und Verwaltung sitzt, bevor er persönlich der Gesamtkommission rapportiert hat. Ein erster schriftlicher Kurzbericht lag unterdessen der Spezko vor. Bei diesem Gespräch ging es darum, dem Experten das Material zu liefern, das er braucht. Und da es keine Bauabrechnung gab, wurde beschlossen, sämtliche existierenden Unterlagen zu kopieren und dem Experten zu übergeben. (Niemand hatte einen besseren Vorschlag). Das ergab 53 gefüllte Bundesordner. Für die Teilprojekte Imhofhaus und Einstellhalle hat der Experte danach eine Bauabrechnung nach allen Regeln der Kunst erstellt, damit er überhaupt etwas in den Händen hat, das er beurteilen kann. Anschliessend hat er die Subko informiert und auf Wunsch der Subko einen zweiten Zwischenbericht (vom 13.9.2011) erstellt. Das ist der hier vorliegende Bericht. Diesen hat er Ende September der Gesamt-Spezko erläutert. Es wurde deutlich, dass es in zumindest zwei Teilprojekten Lücken und Abweichungen gibt, die einer eingehenden Klärung bedürfen. Danach hat die Spezko eine Sitzung ohne den Experten abgehalten und auf Antrag der Rednerin hin entschieden, an der ER-Sitzung von heute dem Einwohnerrat Bericht zu erstatten und zu beantragen, dass auch für die verbleibenden Teilprojekte nachträglich Abrechnungen erstellt werden, damit ein nachvollziehbares Ganzes entsteht. Die Gesamtabrechnung wäre dann von einem anderen Experten relativ unaufwändig zu prüfen. Die beantragten CHF 75 000 sind eine Pauschalofferte des Experten für seine Arbeit inkl. Mehrwertsteuer. Nach dieser Prozedur hat man nicht nur Klarheit über die Zahlen, sondern auch über die Verantwortlichkeiten und Verfahrensabläufe. Eine unabhängige Prüfung der Bauabrechnung ist notwendig, da sie nicht vom Ersteller geprüft werden soll.

Die Spezko legt dem Einwohnerrat dieses Vorgehen nahe, weil sie glaubt, das es am schnellsten und vielleicht sogar am günstigsten zum Ziel führt: Eine verständliche Abrechnung über das komplexe Grossprojekt für den Einwohnerrat, den Gemeinderat, die Bauabteilung und die Bevölkerung von Binningen. Simone Abt plädiert dafür, dass die leidige Angelegenheit noch in dieser Legislatur vom Tisch kommt und nicht an einen neuen Einwohner- und Gemeinderat vererbt wird.

Die Spezko lehnt den Antrag auf Verschiebung ab.

Eintreten:

Beatrice Büschlen: Die *Grüne/EVP* unterstützt die Anträge der Spezko und lehnt die des Gemeinderats aus folgenden Gründen ab:

- Eine nachprüfbare Bauabrechnung des 22 Mio-Projekts ist unbedingt notwendig um Doppelbezahlungen auszuschliessen, um festzustellen, ob alle abgerechneten Arbeiten ausgeführt wurden, damit allfällige Mängel später noch eingefordert werden können und um beweisen zu können, dass vorschriftsmässig gebaut wurde (Abnahmeprotokolle).
- Frau Büschlen weist darauf hin, dass bei MWSt.- und AHV-Prüfungen von juristischen Personen auch sämtliche Unterlagen bereitgehalten werden müssen und diese auch nur einmal angemahnt werden. Auch von Privatpersonen wird eine nachvollziehbare Bauabrechnung gefordert.

Da der Baukostenplaner schon eine Sichtung der Unterlagen vorgenommen hat, ist es nach Meinung der Fraktion einfacher und effizienter, die Abrechnung durch ihn erstellen zu lassen. Mehrkosten werden sowieso anfallen, entweder durch ihn oder durch die Verwaltung, die den Aufwand durch zusätzliche Arbeitsstunden zu leisten hätte.

Die Grüne/EVP begrüsst, dass die Spezko diesen Zwischenbericht vorgelegt hat und ist der Ansicht, dass nur durch Aufarbeitung der Sache für die Zukunft gelernt werden kann. Sie sieht das vorgesehene Vorgehen auch als Unterstützung für den Gemeinderat und die Verwaltung und duldet keine weitere Verzögerung mehr. Das Geschäft soll anfangs 2012 abgeschlossen werden können.

SVP, Urs-Peter Moos erinnert an die Sanierung des Schlosses, bei der die Gemeindeverwaltung den gesprochenen Kredit um über CHF 260 000 in eigener Kompetenz überschritten hat. Dass die Spezko bei der Prüfung der Bauabrechnung des Schlossparks eine derart desolante Situation angehtroffen hat, ist das eine – jetzt wieder einen Gemeinderat zu erleben, der mit Bericht und Anträgen an den Einwohnerrat die rasche Aufklärung dieser Missstände weiter auf die lange Bank schieben will, ist das andere. Der Redner findet es erstaunlich, dass der Gemeindepräsident sich schützend vor die Mitarbeitenden der Bauverwaltung stellt, ohne den Sachverhalt genauer geprüft zu haben. Spätestens nachdem die Bauverwaltung Mitte Juni den eingeschriebenen Brief erhalten, daraufhin aber nicht die geforderte Bauabrechnung geliefert, sondern sämtliche Unterlagen auf Kosten der Steuerzahler kopiert hat, hätte der Gemeinderat eingreifen müssen anstatt sich weiter auf der Nase herumtanzen zu lassen.

FDP, Markus Ziegler: Das Schloss ist eine never ending story (und dabei keine schöne)... Der vorliegende Bericht der Spezko und des externen Experten ist ein Zwischenbericht. Die FDP-Fraktion will ihn auch als solchen verstanden wissen und ihn heute nicht materiell würdigen. Heute geht es darum, ob noch zusätzliches Geld für die Überprüfung dieser Abrechnung gesprochen werden soll. Selbstverständlich will man eine möglichst rasche und sachliche Aufklärung der Geschichte und ist gespannt auf die Begründung des Gemeinderats für seinen Antrag auf Verschiebung. Mit dem heutigen Wissensstand sieht die Fraktion aber keinen Grund, dieses Geschäft zurückzustellen. Bei den Aussagen der Kommission und des Gemeinderats stellt man fest, dass in einigen Punkten Aussage gegen Aussage steht. Der Gemeinderat verlangt ein klärendes Gespräch und man würde es begrüssen, wenn die Spezko zusammen mit dem Experten einer Delegation des Gemeinderats sowie einer Person der Verwaltung an einer Sitzung Gelegenheit geben würde, sich zu äussern. Das sollte geschehen, bevor das Geld ausgelöst und die Sache weiter untersucht wird. Die FDP-Fraktion beantragt die Kostengutsprache unter der Bedingung, dass in Kürze eine solche Anhörung in vernünftigem Rahmen stattfindet.

Severin Brenneisen: Die SP-Fraktion ist froh, dass man endlich etwas über die Arbeit der Spezko hört und dankt für den Zwischenbericht. Dass 53 Ordner kopiert werden mussten, spricht nicht nur für eine fehlende Kommunikation. Diese Aktion hat zu einer grossen Verzögerung geführt, hat viel gekostet und das Vertrauen in beide Gruppen stark erschüttert. Des Weiteren findet es die SP eher unüblich, dass die Spezko nachträglich von sich aus eine Baukostenabrechnung erstellen liess. Man hätte sich gewünscht, dass man dem Grund für das anscheinend grosse Durcheinander nachgeht.

Die Fraktion ist gegen eine Verschiebung des Geschäfts sondern wie die FDP dafür, dass rasch gehandelt und das Gespräch gesucht wird. Man ist momentan der Meinung, dass eine Kostengutsprache nur dann das Ziel erfüllt, wenn die Durchführung dieses Gesprächs als Aufgabe mitgegeben wird. Die SP wird eine Motion einreichen, die verlangt, dass die Strukturen, die Abläufe und Entscheidungswege der Bauabteilung analysiert werden.

CVP, Katrin Bartels meint, der Einwohnerrat sollte zwar frühzeitig informiert werden, doch unfertige Zwischenstadien sind ungeeignet, um Diskussionen zu führen. Diesem Dilemma ist die Spezko gegenüber gestanden. Der Druck wurde insofern erhöht, als das Kostendach von CHF 50 000 ausgeschöpft ist, ohne dass vollständige Resultate vorliegen. Nun beantragt die Spezko weitere CHF 25 000 für die Beendigung der angefangenen Arbeit des Experten und CHF 5 000 für die eigentliche Prüfung der Bauabrechnung. Um ihr Anliegen nachvollziehbar zu machen, hat die Spezko dem Einwohnerrat den Zwischenbericht des Experten zugestellt. Zum jetzigen Zeitpunkt geht es aber

nicht um die inhaltliche Diskussion dieser Bauabrechnung. Der Zwischenbericht listet diverse Probleme auf, hält aber auch fest, dass eine Beurteilung erst erfolgen kann, wenn die Auslegeordnung der vorhandenen Unterlagen abgeschlossen ist. Nun möchte der Gemeinderat in dieser Zwischenphase ein Gespräch mit den diversen Beteiligten. Die CVP-Fraktion stimmt diesem Antrag zu, weil ihrer Meinung nach der Zeitpunkt für ein klärendes Gespräch gekommen ist. Im Anschluss muss die Spezko über das weitere Vorgehen entscheiden können. Vielleicht lässt sich die Spezko aufgrund des Gesprächs davon überzeugen, dass eine Fertigstellung der Baukostenabrechnung durch das externe Büro nicht mehr nötig ist. Auf der anderen Seite ist zu hoffen, dass der Gemeinderat und die Verwaltung zum Schluss kommen, dass die Abläufe mit einer umfassenden Bauabrechnung präzise aufgezeigt werden können. So wird man sehen, wo gute Arbeit geleistet wurde, wo Verbesserungen möglich oder nötig sind und man kann auf Spekulationen und Schuldzuweisungen künftig verzichten. Am Schluss wird die Gemeinde von einer aufwändigen Bauabrechnung für den Schlosspark profitieren. Eine umfassende Baukostenabrechnung hat sich zu einem wichtigen Überwachungs- und Steuerungswerkzeug entwickelt – davon sollte man profitieren, anstatt es als Bedrohung zu bekämpfen.

Die CVP-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderats für ein Gespräch, das möglichst bald stattfinden soll; sie unterstützt auch den Antrag der Spezko auf Kostengutsprache, doch soll das Geld erst ausgelöst werden, wenn die Aussprache stattgefunden hat. Weiter wird der Antrag für den Kredit von CHF 5 000 unterstützt. Die vom Gemeinderat beantragte Prüfung der Objektivität des Baukostenplaners hält die Fraktion für überflüssig.

Vreni Dubi: In der *SP-Fraktion* ist man sich in der ganzen Angelegenheit nicht ganz einig. Sie persönlich findet, dass jetzt, da eine Baukostenabrechnung für das Imhofhaus und die Einstellhalle bereits gemacht ist, die wichtigsten Teile vorhanden sind und deshalb die Sache abgebrochen werden kann. Sie glaubt nicht daran, dass nach dieser sehr, sehr langen Zeit eine ganz exakte Baukostenabrechnung gemacht werden kann. Sie findet, jetzt sollte ein Schlussstrich gezogen und mit den vorhandenen Resultaten ein Schlussbericht erstellt werden. Man spart das Geld lieber für etwas Zukunftsweisendes. Vreni Dubi ist erstaunt darüber, dass sich eine Spezko CHF 50 000 in Eigenkompetenz unter den Nagel reisst. Es ist nirgends eine Finanzkompetenz für Kommissionen geregelt und ihrer Meinung nach ist es sehr wichtig, dass das endlich geregelt wird. Sie zweifelt auch daran, dass die verlangten CHF 5 000 für die abschliessende Beurteilung ausreichen werden. Für sie ist das Ganze ein Fass ohne Boden und ihre Steuergelder sind ihr zu schade dafür.

Urs-Peter Moos, SVP: Es geht um CHF 22 Millionen und die SP vergiesst Krokodilstränen wegen CHF 75 000, mit denen auch die Verantwortlichkeiten im Umgang mit dem Riesenbetrag an Steuergeldern aufgedeckt werden. Er mutmasst, dass die drei SP-Gemeinderäte geschützt werden sollen. Offensichtlich gibt es Leute, die tief im Dreck stehen und auch Mitglieder des Gemeinderats wollen die Aufklärung lieber verhindern. Die Behauptung, der Gemeinderat sei nicht zu Wort gekommen, ist schlicht nicht wahr, denn es gab z.B. den eingeschriebenen Brief der Kommission (die Arbeit deren Kommissionspräsidentin wird an dieser Stelle eindrücklich gelobt). Der Redner versteht Severin Brenneisens Aussage betreffend Kopieren der Bundesordner nicht. Die Bauabteilung hat sich von Anfang an geweigert, die Originale herauszugeben und es wäre am Gemeinderat gewesen, spätestens Ende Juni das Heft in die Hand zu nehmen und die Herausgabe zu befehlen. Die Kommission muss sich keine Vorwürfe machen. Sie wollte den Auftrag des Einwohnerrats so gut und so schnell wie möglich erledigen.

Rahel Bänziger, Grüne/EVP: Die Spezko braucht mehr Geld um den Auftrag zu erfüllen und sie tut gut daran, mit dem Zwischenbericht an den Einwohnerrat zu gelangen. Rahel Bänziger bezweifelt den Nutzen eines Gesprächs, da es um eine Bauabrechnung geht, die nicht vorliegt. Das ist ein Fakt, der sich auch mit einem Gespräch nicht aus der Welt schaffen lässt. Die Fraktion fordert aber keine rollenden Köpfe wie andere Mitglieder des Rats. Sie fordert einen zusätzlichen Kopf. Die Zeit ist reif, über einen zusätzlichen Bauverwalter nachzudenken und das aufzugleisen. Ein Bauverwalter hätte den Überblick über die Geschäfte, die verschiedene Abteilungen betreffen und könnte sie besser koordinieren. Ausserdem wäre er vertraut mit der korrekten Führung einer Bauabrechnung gemäss SIA. Die Mitarbeitenden hätten bei künftigen Projekten einen Rückhalt und die Kosten wür-

den nicht mehr so aus dem Ruder laufen. Eine entsprechende Motion ist in Vorbereitung und wird demnächst eingereicht.

Traude Rehmann, SP: In ihrer Fraktion wurde tatsächlich darüber diskutiert, ob weitere Mittel für diese Bauabrechnung gesprochen werden sollen oder ob es nicht sinnvoller wäre, das Geld in eine Strukturanalyse der Bauverwaltung zu investieren. Das wurde auch mit dem Gemeinderat und Simone Abt offen besprochen und niemand wurde unter Druck gesetzt, so wie Urs-Peter Moos dies unterstellt. Im Gegensatz zu Katrin Bartels ist Frau Rehmann der Ansicht, dass es Aufgabe der Kommission ist, den Gemeinderat, Vertreter der Verwaltung und der Bauabteilung zu einem Gespräch einzuladen. Sie weist nochmals auf die Dringlichkeit einer Strukturanalyse der Bauverwaltung hin, weil Binningen dort ein Problem hat.

FDP, Peter Heiz fordert keine Köpfe, ist aber vom Votum von Vreni Dubi enttäuscht. Seiner Meinung nach ist das Thema hochbrisant und viele Binninger brennen darauf, eine saubere Baukostenabrechnung zu erhalten.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP: Die Teilprüfungen, die erwähnt wurden haben fehlende Unterlagen wie z.B. Abnahmeprotokolle zum Vorschein gebracht. Da geht es um Garantieleistungen und schon nur deswegen muss es eine den Unterlagen entsprechende, lückenlose Abrechnung geben. Das ist sicher auch aus juristischer Sicht unabdingbar und Beatrice Büschlen fordert eindringlich eine schnelle Erledigung.

Charles Simon, Gemeindepräsident: Der Gemeinderat nimmt inhaltlich zu den massiven Vorwürfen der Spezko und des externen Experten erst Stellung, wenn die Untersuchung abgeschlossen ist und der Schlussbericht vorliegt. Die Unterlagen der Spezko enthalten zum Teil rufschädigende Anschuldigungen. Der Gemeinderat protestiert in aller Form gegen derartige Vorverurteilungen. Eine objektive Untersuchung verlangt, dass alle Beteiligten angehört werden. Dieser Grundsatz wurde von der Spezialkommission bei der Erstellung des Zwischenberichts nicht beachtet. Bis jetzt hat sie darauf verzichtet, die Kritisierten mit den Verdächtigungen zu konfrontieren und hat sich nur auf die Sicht des externen Experten gestützt. Aus Sicht des Gemeinderats ist dieses Vorgehen inakzeptabel. Mit der Veröffentlichung der beiden Dokumente wurde ein Medienrummel ausgelöst und der Präsident der Subko fordert bereits jetzt personelle Konsequenzen. Die Nennung von Mitarbeiternamen zum jetzigen Zeitpunkt ist völlig verfehlt und heizt das Klima an. Der Gemeinderat und die Verwaltung hat von Anfang an die Unterstützung der Spezko zugesichert, dazu ist man auch weiterhin bereit. Das beinhaltet, dass alle Beteiligten korrekt behandelt werden und man die Gelegenheit erhält, sich zu äussern. Dies war in den letzten Monaten leider nicht der Fall. Entgegen den Gepflogenheiten war der Gemeinderat nur an der ersten Sitzung der Spezko anwesend. Auch die Zusammenarbeit zwischen Spezko, externem Baukostenplaner und der Bauabteilung war unbefriedigend. Der Ausschluss der Projektleiter der Bauverwaltung von den Sitzungen hat den Austausch enorm erschwert. Die Spezko hat auch die Offerte des Gemeinderats abgelehnt, dass der Experte in einem abschliessbaren Raum der Bauabteilung arbeitet. Bereits am 30. Juni wäre ein klärendes Gespräch mit allen Beteiligten dringend nötig gewesen, was der Spezko-Präsidentin in aller Deutlichkeit kommuniziert wurde. Doch der Experte war in den Ferien und die Spezko war nur mit zwei Vertreter/-innen anwesend. An dieser Sitzung wurde beschlossen, dass die Bauabteilung die Ordner weiterleitet und der Kontakt zu den Externen künftig nur noch via Präsident der Subko stattfindet. Das bedeutete, dass die Bauabteilung die Unterlagen abgeben musste, ohne sie kommentieren zu können. Es ist nachvollziehbar, dass der Baukostenplaner mit dieser Informationsflut überfordert war. Seine Aktennotiz ist unprofessionell und alarmierend. Er unterstellt der Bauabteilung sogar bewusste Vertuschungsversuche. Aufgrund dieser Äusserungen kann ihn der Gemeinderat nicht mehr als objektiven Ansprechpartner betrachten. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass der Einwohnerrat auf dieser Basis noch nicht über den vorliegenden Kreditantrag befinden sollte. Bevor der Gemeindepräsident die vier Anträge vorliest, betont er, dass es nicht um eine Verzögerung geht, sondern dass es wichtig ist, vorgängig gemeinsam an einen Tisch zu sitzen. Der Gemeinderat ist damit einverstanden, wenn der Einwohnerrat den Kredit unter diesen Bedingungen sprechen will, plädiert aber eindringlich für ein Gespräch, bei dem auch der Baukostenplaner dabei sein soll. Die Anträge des Gemeinderats:

1. „Der Gemeinderat ersucht den Einwohnerrat, vorerst nicht über den von der Spezialkommission beantragten Kreditbeschluss zu befinden.“
2. „Es soll ein klärendes Gespräch mit allen Beteiligten (Spezialkommission, Gemeinderat, Mitarbeitende der Bauabteilungen, externer Baukostenplaner) stattfinden.“
3. „Der Gemeinderat beantragt, dass die Spezialkommission die Projektverantwortlichen der Bauabteilungen mit den offenen Punkten und Vorwürfen konfrontiert und ihre Argumente und Erklärungen im Schlussbericht berücksichtigt.“
4. „Der Gemeinderat ersucht den Einwohnerrat die Objektivität des Baukostenplaners zu überprüfen. Es ist zu befürchten, dass er eine weitere Untersuchung nicht mehr mit der gebotenen Neutralität durchführen kann.“

Roger Moll, FDP, möchte zwei Bemerkungen machen: 1. Er hat die Akten stichprobenmässig gesichtet und bestätigt, dass sie nicht den Grundlagen der SIA für eine Abrechnung entsprechen. 2. Die Aussage des Gemeindepräsidenten betreffend Angebot der Verwaltung, dem Experten einen Raum zur Verfügung zu stellen, enttäuscht ihn. Die Spezko hat der Bauverwaltung einen entsprechenden Antrag gestellt, der abgelehnt wurde, weil es anscheinend keinen abschliessbaren Raum gab. Das ist der Grund, weshalb die Akten etappenweise an den Experten übergeben wurden. Roger Moll bittet darum, sachlich und pragmatisch zu bleiben.

SVP, Urs-Peter Moos bittet auch darum, in diesem Gremium und in der Öffentlichkeit keine Unwahrheiten zu verbreiten. So sei es auch nicht wahr, dass in den Medien Namen von Verwaltungsmitarbeitenden genannt wurden. Heute Abend geht es um das Sachgeschäft Bauabrechnung. Eine solide erstellte Bauabrechnung ist weitgehend selbsterklärend. Ein klärendes Gespräch kann hilfreich sein, wenn die Erwartungen des Experten an das gelieferte Material nur wenig unterschritten werden. In diesem Fall ist die Differenz jedoch so gross, dass sich dieses Vorgehen gar nicht erst aufdrängt.

FDP, Markus Ziegler ist nach den Worten des Gemeindepräsidenten ziemlich konsterniert. Die Fraktion war nach Kenntnisnahme der Aussagen der Spezko, des Experten sowie auch des Gemeinderats der Meinung, es sei eine schlaue Idee, die Kostengutsprache mit der Bedingung für ein Gespräch zu koppeln. Ein konstruktives Gespräch bietet immer die Möglichkeit, Missverständnisse aus dem Weg zu räumen. Jetzt stellt Markus Ziegler fest, dass der Experte für den Gemeindepräsidenten keine Ansprechperson mehr ist, gleichzeitig sucht er aber den Dialog mit ihm. Unter diesen Voraussetzungen zieht der Redner seinen Antrag zurück, weil er findet, dass der Gemeinderat nicht konstruktiv reden kann.

Gemeinderätin Agathe Schuler: Das wichtigste Anliegen des Gemeinderats ist, dass das Gespräch in der Zusammensetzung, wie sie Markus Ziegler vorgeschlagen hatte, stattfinden kann, bevor der Kredit ausgelöst wird.

SVP, Urs-Peter Moos: Das Erstellen der Bauabrechnung muss möglichst zügig vorangehen. Der ursprünglich veranschlagte Betrag dafür wurde bereits verdoppelt, damit der Experte seine Arbeit tun kann. Jetzt muss die Sache schnell zu Ende gebracht werden. Er selber, wie bestimmt auch die Mitglieder der Spezko, sind immer bereit für ein Gespräch. Dieses soll aber kein „Wohlfühl-Gespräch“ sondern eines mit konkretem Inhalt sein. Sein Vorschlag: Im Expertenbericht steht, dass die Teuerung so, wie sie von der Bauabteilung dargelegt wird, nicht nachvollzogen werden kann. In diesem Gespräch könnte zum Beispiel die Bauabteilung dem Experten zeigen, wo man in den 53 Ordnern die Zusammensetzung der Teuerung findet.

Gemeindepräsident Charles Simon hält fest, dass seine vorgängigen Äusserungen die Stellungnahme des gesamten Gemeinderats sind. An Markus Ziegler gewandt liest er nochmals Antrag 4 des Gemeinderats vor und erklärt, dass man den Zwischenbericht des Experten tendenziös findet und es nicht die feine Art ist, Anschuldigungen auszusprechen ohne mit dem Angeschuldigten vorgängig zu reden. Besonders stossend dabei ist, dass der Baukostenplaner von der Veröffentlichung seines Berichts wusste.

SP, Vreni Dubi meint, dass sich die Aussage des Gemeindepräsidenten nicht konstruktiv auf einen Dialog mit einem Experten und einer Spezialkommission auswirkt. Sie wäre froh, wenn das ausgesprochene Misstrauensvotum relativiert würde.

Gemeinderat Mike Keller. Der Gemeinderat ist auf jeden Fall an einer konstruktiven Lösung interessiert. Wenn er mit dem Experten über die gemachten Vorwürfe sprechen und auch verstehen kann, was er konkret meint, hilft ihm das. Man will sich nicht sperren, doch sollten die Anwesenden bedenken, womit man konfrontiert wurde. Es ist in jedem Rechtsstaat so, dass jemand erst schuldig ist, wenn seine Schuld bewiesen ist. Der Gemeinderat ist davon überzeugt, dass die Mitarbeitenden saubere Arbeit leisten und schenkt ihnen Glauben, wenn sie sagen, dass das Verlangte bereits getan ist. Das Projekt war sehr komplex und ist für einen Aussenstehenden vielleicht nicht leicht nachvollziehbar, doch könnten Erklärungen abgegeben werden. Nur, weil ein Experte behauptet, es sei schlecht gearbeitet worden, können die Angeschuldigten nicht per se vom Gemeinderat in Frage gestellt werden. Schliesslich will man weiterhin mit diesen Leuten arbeiten und die ganze Sache belastet das Arbeitsklima bereits stark. Mike Keller plädiert für den konstruktiven Weg, für das Gespräch. Sollte es Verfehlungen gegeben haben, können diese anhand von Fakten aufgezeigt werden.

Urs-Peter Moos, SVP: Die Abrechnungen für zwei Teilprojekte liegt bereits vor und demonstrieren, wie eine saubere Baukostenabrechnung auszusehen hat. Wenn es der Gemeinderat mit dem Dialog wirklich ernst meint, ist nach Meinung des Redners der Antrag auf Verschiebung der Kostengutsprache völlig fehl am Platz. Zu den Äusserungen betreffend Bauabteilung meint er, dass hier eine Spezko arbeitet, die mit den Informationen rasch an den Einwohnerrat gelangt ist, im Gegensatz zum Gemeinderat, der im Fall der Schlossabrechnung die Informationen auch intern lange zurückgehalten hat. Er empfiehlt dem Gemeinderat, den einen Ordner zur Schlussabrechnung Sanierung Schloss Binningen so herzustellen, wie er sein sollte – mit den Kosten, die bei den Unterhaltskonti versteckt wurden. (Der Experte muss dies bei 53 Ordnern tun). Das ergäbe dann bestimmt eine andere Basis für das konstruktive Gespräch.

Abstimmung Anträge Spezko: (es sind nur noch 37 Einwohnerräte anwesend)

Antrag 1: 30 Ja, 6 Nein, 1 Enthaltung

Antrag 2: 33 Ja, 0 Nein, 4 Enthaltungen

Markus Ziegler, FDP: Es konnte ja nun nicht über seinen Antrag abgestimmt werden, weil er ihn unter den gegebenen Umständen nicht aufrecht erhalten konnte. Die Spezko weiss aber bestimmt, dass sie nicht nur den Auftrag hat, zu prüfen sondern auch zu reden und wird beurteilen, wieweit der Dialog geführt werden kann.

Abstimmung Anträge Gemeinderat:

Antrag 1: ist obsolet

Im Rat wird diskutiert, ob über die weiteren Anträge überhaupt abgestimmt werden muss und *Gemeindepräsident Charles Simon* verlangt dies ausdrücklich.

SP, Severin Brenneisen stellt einen Rückkommensantrag, weil er es wichtig findet, dass heute entschieden wird, ob das verlangte Gespräch stattfinden soll oder nicht. Anscheinend ist man sich auch in der Spezko nicht einig darüber.

SVP, Urs-Peter Moos legt dem Rat nahe, diesen Rückkommensantrag abzulehnen.

Patricia Kaiser, SP wollte in etwa das Gleiche sagen wie S. Brenneisen und empfindet das Ganze als überspitzten Formalismus.

Abstimmung Rückkommensantrag S. Brenneisen:

21 Ja, 11 Nein, 5 Enthaltungen

FDP, Martin Bolleter plädiert dafür, dass man es der Spezko überlässt, ob sie ein solches Gespräch führen will und sie nicht dazu zu zwingen.

Vreni Dubi, SP, erklärt, dass man nicht umhin kommt über diese Anträge abzustimmen.

Abstimmung Anträge des Gemeinderats

Antrag 2: 14 Ja, 14 Nein, 9 Enthaltungen
Stichentscheid Präsident: Ja

Traude Rehmann, SP meint zum Antrag 3, dass das eine Einflussnahme des Gemeinderats auf den Bericht bedeutet.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP: Für den Schlussbericht gibt es sowieso Empfehlungen von denen die eine oder andere einfließen wird, doch kann das nicht jetzt schon gesagt werden.

FDP, Martin Bolleter: Es kann nicht sein, dass der Gemeinderat den Schlussbericht diktiert.

Für *Urs-Peter Moos, SVP*, zeigt dieser Antrag, dass der Gemeinderat noch nicht verstanden hat, dass der Einwohnerrat die Legislative ist, die ihn kontrolliert und beaufsichtigt. Das ist die Gewaltentrennung und deswegen ist der Antrag anzulehnen.

SP, Patricia Kaiser meint dazu, dass es aber auch nicht der Auftrag einer Legislative ist, eine Bauabrechnung in Auftrag zu geben.

Antrag 3: 0 Ja, 35 Nein, 2 Enthaltungen
Antrag 4: wird vom Gemeinderat zurückgezogen

**://: 1. Die Kostengutsprache von CHF 75 000 (inkl. bereits aufgelaufene Kosten und MWSt.) für die Erstellung der Bauabrechnung durch die Baukostenplanung Ernst AG wird genehmigt.
2. Der Kredit von CHF 5 000 für die eigentliche Prüfung der Bauabrechnung, welche durch eine neu zu definierende externe Stelle zu erstellen ist, wird genehmigt.
3. Es findet ein klärendes Gespräch mit allen Beteiligten (Spezialkommission, Gemeinderat, Mitarbeitende der Bauabteilungen, externer Baukostenplaner) statt.**

Traktandum 6**Gesch. Nr. 161**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 6.9.2011:

Motion SP: Kommunale Reklameregulung: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung

://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 12. Dezember 2011 traktandiert.

Traktandum 7**Gesch. Nr. 174**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 30.8.2011:

Postulat Christoph Anliker, SVP: Wie weiter mit den Binninger Gemeindefinanzen unter dem Harmonisierten Rechnungslegungsmodell (HRM2): Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung

://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 12. Dezember 2011 traktandiert.

Traktandum 8**Gesch. Nr. 176**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 9.8.2011:

Interpellation Katrin Bartels, CVP: betr. Bauabrechnung, Kostenkontrolle und Datenablage des Projekts Alters- und Pflegeheim Schlossacker

://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 12. Dezember 2011 traktandiert.

Traktandum 9**Gesch. Nr. 179**

Bericht des Gemeinderats vom 6.9.2011:

Interpellation Urs Brunner, SVP: Wohnsitznahme der Kaderangestellten der Gemeinde Binningen

://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 12. Dezember 2011 traktandiert.

Traktandum 10**Gesch. Nr. 173**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 20.9.2011:

Motion SP: Anpassung kinder- und jugendpolitisches Konzept: Stellungnahme des des Gemeinderats betreffend Überweisung

://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 12. Dezember 2011 traktandiert.

Traktandum 11**Gesch. Nr. 175**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 27.9.2011:

Postulat Katrin Bartels, CVP: Erstellung einer Planungsgrundlage für die Leistungen der Gemeinde zu Gunsten von privaten Initiativen: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung

://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 7. November 2011 traktandiert.

Traktandum 12**Gesch. Nr. 178**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 27.9.2011:

Motion Roy Ewald, SVP: für die Einführung energiesparender LED-Strassenbeleuchtung: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung

://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 12. Dezember 2011 traktandiert.

Traktandum 13**Gesch. Nr. 189**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 20.9.2011:

Motion Urs-Peter Moos, SVP: für eine unabhängige Gemeindepolizei: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung

://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 12. Dezember 2011 traktandiert.

Traktandum 14**Gesch. Nr. 190**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 20.9.2011:

Motion Urs-Peter Moos, SVP: Mehr Stellenprozent für den Binninger Bannwart: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung

://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 12. Dezember traktandiert.

Diversa

Mitteilungen der Gemeinderätinnen A. Schuler, N. Schwarz und Gemeindepräsident Ch. Simon

Agathe Schuler: Die Firma Stamm plant den Wegzug aus Binningen und möchte auf dem firmeneigenen Areal eine Wohnsiedlung erstellen. Das würde eine Umzonung des Areals voraussetzen, die vom Einwohnerrat – eventuell sogar vom Volk – beraten und beschlossen werden muss. Bevor dieser Prozess auf der politischen Ebene anläuft, organisiert die Gemeinde am Mittwoch, 30. November, 19 Uhr, eine öffentliche Informations- und Mitwirkungsveranstaltung für die Bevölkerung. Anschliessend wird das gesetzlich vorgeschriebene Mitwirkungsverfahren angesetzt. Alle Einwohnerinnen und Einwohnerräte werden herzlich eingeladen, an der Veranstaltung, die im Meiriacker-schulhaus stattfindet, teilzunehmen.

Nicole Schwarz möchte auf eine Informationsveranstaltung der Primarschule hinweisen. Sie findet am Dienstag, 22. November um 20 Uhr im Kronenmattsaal statt. Dabei geht es um die nächsten Entwicklungsschritte der Primarschule und folgende drei Themen:

– Schulentwicklungsprojekt Pilotschule. An diesem Projekt haben die Eltern vor rund zwei Jahren im Rahmen eines sogenannten World Cafés mitgewirkt. Nun ist es Zeit für einen Zwischenbericht.

– Das überarbeitete Leitbild der Schule, das mit dem Projekt Pilotschule eng verbunden ist, wird vorgestellt.

– Die Harmonisierung der Schulstrukturen (HARMOS), die im Sommer 2015 im ganzen Kanton in Kraft tritt. HARMOS hat Änderungen des Lehrplans zur Folge (u.a. Frühfremdsprachen und 6. Primarklasse) sowie räumliche Konsequenzen. Die neue 6. Primarklasse und auch der Abteilungsunterricht für die Fremdsprachen brauchen mehr Schulraum (+ 20%). Der Einwohnerrat kennt dieses Thema unter dem Stichwort „Schulraumplanung“. Der Gemeinderat wird anfangs 2012 eine Gesamtvorlage zu allen baulichen Massnahmen unterbreiten.

Die Informationsveranstaltung ist öffentlich und in erster Linie für die Eltern gedacht, die ein Anrecht darauf haben, wohin die Reise geht und wo ihre Kinder von HARMOS betroffen sind. So bietet die Schule eine Plattform für Information und Diskussion.

Charles Simon weist auf die Taufe des neuen Tango-Trams am kommenden Samstag hin. Von 17 bis ca. 20 Uhr ist Festbetrieb auf dem Schlossplatz. Die eigentliche Taufe findet um ca. 18.20 Uhr statt.

Am 5. Dezember gibt's den alljährlichen Freiwilligen-Apéro. Alle, die in der Gemeinde ehrenamtlich arbeiten, erhalten eine Einladung; zusätzlich wird es im Binninger Anzeiger publiziert. Heuer findet der Anlass im Ortsmuseum statt.

Der *Präsident, Christian Schaub*, erklärt die Sitzung für geschlossen.

Die nächste Einwohnerrats-Sitzung findet am Montag, 12. Dezember 2011, 19.00 Uhr, mit anschliessendem Apéro, statt.